


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

MACHTSICHERUNG UND IMAGE

■ ANALYSE	
Ramsan Kadyrow 2017 – Ein Jahr im Leben des starken Mannes	2
Huseyn Aliyev (Universität Glasgow)	
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Staatsversagen	5
Jens Siegert	
■ DEKODER	
Wie russische Staatsdiener die »Post-Leugnung« erfanden	8
Kirill Martynow (Nowaja Gaseta)	
■ CHRONIK	
19. – 31. März 2018	10

Ramsan Kadyrow 2017 – Ein Jahr im Leben des starken Mannes

Huseyn Aliyev (Universität Glasgow)

Zusammenfassung

Ungeachtet der aufgrund der Wirtschaftskrise und der westlichen Sanktionen gekürzten Subventionen für den Nordkaukasus ist Ramsan Kadyrow, das Oberhaupt Tschetscheniens, im vergangenen Jahr bei der Aufrechterhaltung der Kontrolle über seine Republik bemerkenswert erfolgreich gewesen; gleiches gilt für die Ausweitung seines Einflusses in der Region wie auch auf einige Bereiche der russischen Außenpolitik. Dabei versucht der starke Mann Tschetscheniens neuerdings, mit einer Mischung aus Zustimmung und versteckter Kritik Einfluss auf die Außenpolitik Russlands zu nehmen. Kadyrow hat auch sein Image als einer der umstrittensten regionalen Führungskräfte in Russland erfolgreich beibehalten. Er hat 2017 nicht nur die größten muslimischen Menschenrechtsproteste in der modernen Geschichte Russlands organisiert, sondern ist gleichzeitig wegen eklatanter Menschenrechtsverletzungen in der eigenen Republik in die Magnitskij-Liste aufgenommen worden. Um sein Ansehen als regionaler muslimischer Führer weiter zu stärken, hat Kadyrow bei der Rückkehr von Familienangehörigen nordkaukasischer Kämpfer des IS aus dem Nahen und Mittleren Osten die Leitung übernommen. Zuhause hat der tschetschenische Führer eine ehrgeizige Kampagne gestartet, durch die die meisten hochrangigen Staatsämter und Verwaltungsposten in Tschetschenien an Mitglieder seiner Familie, seines Klans oder an enge Vertraute gehen sollen.

Einfluss auf die russische Außenpolitik

Im Laufe der letzten Jahre ist Ramsan Kadyrow in Russland zu jenem regionalen Führer geworden, der auf der internationalen Bühne sehr aktiv in Erscheinung tritt. Er ist ein eifriger Nutzer von »Instagram« und »Twitter« und kommentiert regelmäßig Fragen der internationalen Politik wie auch die russische Außenpolitik. Die meisten seiner außenpolitischen Ansichten stehen im Einklang mit der offiziellen Position der Regierung. So folgten seine Kommentare, in denen er den US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump im Dezember für dessen Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels kritisierte, der russischen Unterstützung für die UN-Resolution, in der die Politik der USA verurteilt wurde.

Während Kadyrow bemüht ist, die Rolle eines muslimischen Führers für die gesamte Region zu übernehmen, hat sich im Laufe des Jahres 2017 auch sein Anspruch weiter verstärkt, seinen Einfluss in der russischen Außenpolitik geltend zu machen. Am 3. September 2017 versammelte sich eine große Menschenmenge vor der Botschaft von Myanmar in Moskau und folgte damit Kadyrows Aufruf an alle Muslime, gegen die Verfolgung der muslimischen Rohingya in Myanmar zu protestieren. Zu den Protestierenden gehörten nicht nur Tschetschenen und andere Personen aus dem Nordkaukasus, sondern auch Muslime aus den zentralasiatischen Staaten und dem Südkaukasus. Obwohl die Versammlung zu keinem Zeitpunkt von den Moskauer Behörden genehmigt worden war, machte die Polizei keinerlei Anstalten die Menge aufzulösen. Am 5. September 2017 kam es zu einer viel größeren Demonstration von rund 10.000 Menschen in der tschetschenischen Haupt-

stadt Grosnyj, die Kadyrows Aufruf zur Unterstützung der Rohingya folgte. Kadyrow organisierte nicht nur diese beiden Protestversammlungen, sondern verurteilte auch öffentlich Russlands Veto gegen eine UN-Resolution, in der die Regierung von Myanmar der Ermordung von Zivilisten der Rohingya beschuldigt wurde. In seiner Rede bedauerte Kadyrow, dass es nicht möglich sei, »tschetschenische Truppen zu entsenden«, um die muslimischen Glaubensgenossen in Myanmar zu verteidigen; zudem rief er zu einem Boykott gegen »buddhistischen Terrorismus« auf.

Kadyrow milderte einige Tage später seine Rhetorik und rief zu einer Beendigung der Proteste auf, doch hielt sich die Reaktion Moskaus auf Kadyrows Kritik an der russischen Außenpolitik gegenüber Myanmar in Grenzen. Gleichwohl zeigten die Ereignisse rund um die von Kadyrow organisierten Proteste gegen Myanmar die gestiegenen Ambitionen des tschetschenischen Führers, die Rolle eines muslimischen Führers mit Geltung für die gesamte Region zu übernehmen. Der Umstand, dass Kadyrows Aufruf zu den Moskauer Protesten an alle Muslime gerichtet war, die in Russland leben – was dann zur größten Protestaktion in der modernen Geschichte der Russischen Föderation führte –, spricht Bände in Bezug auf die Effizienz, mit der Kadyrow seine Ziele erreicht. Zugleich waren die Proteste in Moskau und Grosnyj gegen Myanmar die ersten muslimischen Proteste in Russland, in denen es um Menschenrechte ging.

Kadyrows Vermögen, den Kreml ungestraft in außenpolitischen Fragen kritisieren zu können, ist sowohl auf seine langjährige Freundschaft mit dem russischen Präsidenten, als auch auf den regelmäßigen tschetschenischen Beitrag zu Militäroperationen Russ-

lands zurückzuführen. Die tschetschenische Militärpolizei hat seit Beginn der russischen Beteiligung am Syrien-Konflikt an der Seite Assad-freundlicher Kräfte gedient. Tschetschenische Einheiten sind angeblich 2016 an der Belagerung Aleppos beteiligt gewesen. Angehörige von Kadyrows Milizen haben auch in der aktiven Phase des Krieges im ostukrainischen Donbass die prorussischen Separatisten unterstützt.

Ein neuer Name auf der Magnitskij-Liste...

Ungeachtet von Kadyrows Engagement bei Menschenrechtsfragen in Bezug auf Muslime in allen Teilen der Welt hat sein Image als »Menschenrechtsverteidiger« in Tschetschenien im Jahr 2017 einen weiteren Schlag erlitten. Am 20. Dezember setzte das US-Finanzministerium Kadyrow auf die Liste russischer Staatsangehöriger, gegen die im Rahmen des »Magnitsky Act« Sanktionen verhängt wurden. Die Verkündung dieser Maßnahme erfolgte angesichts zunehmender Vorwürfe gegen Kadyrow wegen Menschenrechtsverletzungen, Entführungen und außergerichtlicher Hinrichtung seiner Opponenten. Ein weiterer Tschetschene, gegen den jüngst personenbezogene Sanktionen verhängt wurden, ist Ajub Katajew, ein hochrangiger Angehöriger der tschetschenischen Innenverwaltung (Sicherheitskräfte), dem die Folterung und Ermordung schwuler Männer nachgesagt werden.

Die Herrschaft Kadyrows ist von gewaltsamer Verfolgung jeder Art abweichender Ansicht geprägt. Menschenrechtsgruppen berichteten, dass seit Mitte der 2000er Jahre hunderte Personen in Tschetschenien verschwunden sind. Die Vorwürfe wegen Folter, Entführung, außergerichtlicher Hinrichtungen und Mordanschläge auf Kadyrows Kritiker, auf Mitglieder der Opposition, auf vermeintliche islamistische Aufständische und auf Angehörige sexueller Minderheiten haben in den letzten fünf Jahren zugenommen. Die jüngste Welle der Anschuldigungen gegen das tschetschenische Oberhaupt wegen Menschenrechtsverletzungen betrifft die Verschleppung, Folterung oder Ermordung von über 100 schwulen Männern, zu denen es in Tschetschenien seit 2016 gekommen ist.

Russische und internationale Menschenrechtsorganisationen haben dokumentiert, dass die Zahl der in Tschetschenien verschwundenen Personen in einem alarmierenden Tempo zunimmt. So sind seit Jahresbeginn über 40 Personen als vermisst gemeldet worden. Allein im November 2017 wurden sieben Personen vermutlich von tschetschenischen Sicherheitskräften verschleppt. Kadyrow werden seit Langem Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, doch zeitigte das nur wenig Folgen in Form formaler Schritte, abgesehen von gelegentlicher Kritik am starken Mann in Tschetschenien durch westliche Politiker. Dmitrij Peskow, Pressesprecher der russischen Präsi-

denten, wandte sich gegen die neue Sanktionswelle und bezeichnete sie als »unrechtmäßig und unfreundlich«.

Rückkehr von aus dem Nordkaukasus stammenden Personen aus dem Mittleren Osten

Der Schritt, federführend die Rückkehr von Familien von IS-Kämpfern aus dem Nordkaukasus und Zentralasien zu betreiben, ist ein weiterer der jüngsten Versuche Kadyrows, in außenpolitische Maßnahmen Russlands einzugreifen. Zuerst wurde im November 2017 verkündet, dass die erste Gruppe von 41 Frauen und Kindern aus verschiedenen nordkaukasischen Republiken Russlands sowie aus Kasachstan und Usbekistan von Syrien nach Grosnyj gebracht wurde. Die zweite Gruppe bestand bereits aus 93 Personen, meist russische Staatsangehörige aus Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien. Die meisten der zurückgekehrten Familienangehörigen von IS-Kämpfern waren von kurdischen Kräften bei der Belagerung von ar-Raqqa oder durch Assad-freundliche Kräfte in unterschiedlichen Teilen Syrien gefangen genommen und dann an tschetschenische Emissäre in Syrien übergeben worden. Eine größere Gruppe von 150 russischen Staatsangehörigen wurde Anfang 2018 aus Syrien und dem Irak zurückgeholt.

Die Rückkehr von Personen aus dem Nordkaukasus wurde von Kadyrows Behörden umgesetzt und beaufsichtigt. Die tschetschenischen Stellen übergaben dann die betroffenen Einwohner anderer nordkaukasischer Republiken den dortigen Sicherheitsbehörden. Das tschetschenische Fernsehen berichtete über diese Ereignisse, und stellte die Rückkehr der nordkaukasischen Frauen und Kinder als »großen Erfolg« für Kadyrow dar. In der Tat war eine Anerkennung für Kadyrows Bemühungen auch jenseits der Lobeshymnen des lokalen tschetschenischen Fernsehens vorhanden. Präsident Putin dankte bei seiner alljährlichen Pressekonferenz Kadyrow persönlich für die Rückholung der Frauen und Kinder aus den Kriegsgebieten.

Bedenkt man, dass seit Ende 2016 Einheiten tschetschenischer Militärpolizei regelmäßig in syrische Gebiete entsandt wurden, die von Assad kontrolliert werden, so hatte Kadyrow bereits früher die Gelegenheit, sich an der russischen Militäroperation in Syrien zu beteiligen. Es gibt allerdings keine überprüfbaren Informationen, ob die Rückkehr der Frauen und Kinder aus dem Nordkaukasus einem Plan Kadyrows folgte oder sich einfach so ergab, weil Gefangene des IS wegen der erfolgreichen Offensiven gegen die islamistische Miliz in die Hände von Assad-treuen Kräften gerieten. Wie dem auch sei, die Ereignisse erlaubten es Kadyrow, sich nicht nur als einziger führender Akteur der nordkaukasischen Republiken bei der »Rettung von Kindern« im Mittleren

Osten darzustellen, sondern auch als Führungsperson einer größeren Region, die ihre Verantwortung wahrnimmt, Bürger zentralasiatischer Staaten zurückzuholen.

Sicherstellung der Loyalität im Land selbst

Ramsan Kadyrow, ein ehemaliger Kommandeur der Separatisten, wurde 2007 zum Oberhaupt (damals noch: Präsident) der Republik Tschetschenien ernannt. Sein Vater, der erste moskaufreundliche Präsident Tschetscheniens nach Beendigung des zweiten Tschetschenienkrieges, war 2004 durch einen Anschlag ermordet worden. Kadyrow blieb in der Folge ein vehementer Unterstützer Putins und erhielt üppige Wiederaufbauhilfe aus Moskau. Mit der anhaltenden Wirtschaftskrise in Russland nach den Sanktionen des Westens wegen der Annexion der Krim und aufgrund der 2014 – 2016 sinkenden Ölpreise schwanden die Kapazitäten des Kreml, das Regime Kadyrows zu finanzieren. 2017 erhielt die Republik Tschetschenien (wie noch 2016) 40,4 Milliarden Rubel [umgerechnet rund 630 Mio. Euro – Anm. d. Red.], doch sind die Subventionen für 2018 auf 27 Milliarden Rubel [rund 380 Mio. Euro – Anm. d. Red.] zurückgefahren worden. Bedenkt man, dass die Republik von 2007 bis 2015 im Durchschnitt Subventionen in Höhe von 60 Milliarden Rubel [rund 1,3 Mrd. Euro – Anm. d. Red.] erhalten hatte, ergibt sich für den aktuellen Haushalt eine Kürzung um über die Hälfte.

Wegen der reduzierten finanziellen Unterstützung aus Moskau, ist Kadyrow nicht mehr in der Lage, sich derart einfach die Loyalität der tschetschenischen Eliten zu erkaufen, wie das früher der Fall war. Die neue Kontrollstrategie beruht darauf, dass nahezu alle wichtigen Regierungsämter mit Angehörigen der Familie und des Klans von Kadyrow besetzt werden. Nach seiner Wiederwahl im Jahr 2016 hat Kadyrow seinen Neffen Jakub Sakrijew zum stellvertretenden Ministerpräsidenten der Republik ernannt. Ein weiterer Neffe Kadyrows, der 28-jährige Idris Tscherchigow, wurde im November 2017 zum Chef der Verkehrspolizei ernannt. Tscherchigows Vater fungiert bereits als Minister für Verkehr und Kommunikation. Den Posten von Idris Tscherchigow hatte zuvor Schamchan Denilchanow innegehabt, der zufälligerweise mit Ramsan Kadyrows Schwester verheiratet ist. Denilchanow wiederum wurde in das für Tschetschenien zuständige Innenministerium versetzt.

Diese Entwicklung hat sich in den letzten Monaten verstärkt. Vier Mitglieder von Kadyrows Familie haben seit September Spitzenposten in der staatlichen Verwaltung erhalten. Im Dezember 2017 wurde Chas-Magomed Kadyrow, ein 21-jähriges Mitglied der Familie Kadyrow, zum Polizeichef der Hauptstadt Grosnyj ernannt. Chas-Magomedow hatte zuvor die Antidrogenbehörde geleitet. Dieser Posten ging nach der Beförderung Chas-

Magomedows an Gajirbek Delimchanow, ein anderes Familienmitglied. Im gleichen Monat wurde Tamerlan Chutschijew, ein Angehöriger des Kadyrow-Klans, zum Verwaltungschef im tschetschenischen Rayon Atschchoj-Martan ernannt. Tamerlans Bruder Muslim erhielt den Posten des Bürgermeisters der Hauptstadt Grosnyj.

Trotz der Haushaltskürzungen bleibt Kadyrow seiner absoluten Unterstützung für Wladimir Putin treu. Der russische Präsident hat im Laufe des Jahres 2017 bei einer Reihe von Gelegenheiten die Arbeit Kadyrows gelobt und sich zufrieden gezeigt, wie der Führer Tschetscheniens seine Republik regiert. Kadyrow heischt allerdings weiterhin nach Unterstützungsbekundungen durch den Kreml. So meinte er in einem Interview für einen russischen Fernsehsender, dass er bereit sei, von seinem Posten abzutreten. Diese Aussage wurde umgehend vom Kreml zurückgewiesen, der eine Erklärung veröffentlichte, der zufolge das Oberhaupt Tschetscheniens auf seinem Posten bleibe, weil es vom russischen Präsidenten gebraucht werde.

Ungeachtet des schillernden Verhaltens Kadyrows und der verbreiteten Vorwürfe wegen Unterschlagung föderaler Haushaltsmittel ergab eine Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums von 2016, dass rund 70 Prozent der Bevölkerung Russlands die Wiederernennung Kadyrows als Oberhaupt der Republik Tschetschenien im September 2016 unterstützten.

Fazit

Bei den russischen Präsidentschaftswahlen im März 2018 erhielt Wladimir Putin in Tschetschenien 91,44 Prozent der Stimmen. Auch wenn in Tschetschenien nur die Hälfte der Wahlberechtigten zur Urne ging, war Kadyrow erfolgreich, indem er in Tschetschenien für den Kreml eines der besten regionalen Wahlergebnisse in der Russischen Föderation erreichte. Die Wiederwahl Putins für weitere sechs Jahre dürfte die Position des tschetschenischen Führers weiterhin absichern. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum in Russland und Kadyrows Fähigkeit, sich an wechselnde Haushaltslagen anzupassen – belegt durch seine Konzentration auf »familiäre Personalpolitik« – werden Kadyrows Position in Tschetschenien wie auch in Moskau weiter stärken. 2017 hat Tschetschenien die Republik Dagestan wieder als jene Region des Nordkaukasus abgelöst, die am meisten mit Aufständischen zu kämpfen hat. Angesichts 59 Toter, die aufgrund der Konflikte 2017 in Tschetschenien zu verzeichnen waren (in Dagestan waren es 47), braucht das Land aus Sicht des Kreml mehr denn je die starke Führung Ramsan Kadyrows.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Huseyn Aliyev ist *LKAS Research Fellow* an der »School of Social and Political Sciences« der Universität Glasgow. Sein Forschungsinteressen gilt bewaffneten Konflikten, nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen und informellen Praktiken.

Lesetipps

- Aliyev, Huseyn: When informal institutions change. Institutional reforms and informal practices in the former Soviet Union, Ann Arbor: University of Michigan Press 2017.
- Souleimanov, Emil Aslan; Huseyn Aliyev, Jean-François Ratelle: Defected and loyal? A case study of counter-defection mechanisms inside Chechen paramilitaries, in: Terrorism and Political Violence, 11. Juli 2016.
- Russell, John: Kadyrov's Chechnya—Template, Test or Trouble for Russia's Regional Policy?, in: Europe-Asia Studies 63.2011, Nr. 3, S. 509–528.
- Souleimanov, Emil Aslan, and Grazvydas Jasutis. »The dynamics of Kadyrov's regime: between autonomy and dependence.« *Caucasus Survey* 4.2 (2016): 115–128.

NOTIZEN AUS MOSKAU

Staatsversagen

Jens Siegert

In der vergangenen Nummer der Russland-Analysen und zuvor bei dekoder.org hat Maxim Trudoljubow über die »Zwei Staaten des Wladimir Putin« geschrieben. Paradoxerweise, so Trudoljubow, vertraue »der Staatsmann Putin dem gewöhnlichen Staat nicht«. Das ist eine erstaunliche Feststellung, ist doch Wladimir Putin 2000 mit dem Versprechen angetreten, den russischen Staat nach dem »Chaos der 1990er Jahre« wieder handlungsfähig zu machen. Oder, wie er es ausdrückte, die »Machtvertikale wiederherzustellen«.

Trudoljubow schreibt weiter: »Sollte Putin irgendwann einmal die Kontrolle über die Wahlen lockern, wird er zwar die Wahl eines Oberhauptes für den gewöhnlichen Staat zulassen, den Staat des Zaren aber wird er selbst behalten.« Putins Vertraute und eine Schicht von neuen und alten Oligarchen erhalten fast unbeschränkten Zugang zu staatlichen Ressourcen, müssen aber im Gegenzug Putins »Kriege führen und Brücken bauen«. Dieser »andere Staat« sammle die Einkommensquellen und rekrutiere die Oligarchen. »Dem gewöhnlichen Staat überlässt er die Kosten, sozialen Verpflichtungen und das Fußvolk der Gouverneure. Den gewöhnlichen Staat leitet der Premierminister, dem ist alles übertragen, womit sich der Anführer (...) nicht befassen will.«

Diese Beschreibung widerspricht dem Spektakel »Wahlen«, das wir in den vergangenen Monaten mit dem Kulminationspunkt am 18. März vorgeführt bekommen haben. In ihm wird uns ein starker Staat gezeigt, der von einem überaus populären Präsidenten im Inne-

ren wie im Äußeren zu immer neuen Siegen und Errungenschaften geführt wird. Die Einheit von Volk und Anführer ist Programm. Oder, wie es die Chefredakteurin der staatlichen Medienholding RT, Margarita Simonjan, am Tag nach der Wahl ausdrückte: »Früher war er einfach unser Präsident und konnte abgelöst werden. Jetzt ist er unser Führer. Und wir lassen nicht zu, dass er abgelöst wird.«

Doch gleich in der ersten Woche nach der Wahl zeigten zwei auf den ersten Blick wenig politische Ereignisse, wie fragil der russische Staat wirklich ist. Am 21. und 22. März mussten sich in der Kleinstadt Wolokolamsk, 100 Kilometer westlich von Moskau gelegen, mehrere Dutzend Kinder in medizinische Behandlung begeben. Ihnen war aufgrund von Dämpfen aus einer nahe gelegenen Müllhalde übel geworden. Drei Tage später, am 25. März kam es noch viel schlimmer. In der sibirischen Kohlemetropole Kemerowo starben beim Brand eines Einkaufszentrums 64 Menschen, darunter 41 Kinder.

Beide Ereignisse, die noch glimpflich verlaufene Vergiftung der Kinder in Wolokolamsk wie auch die unvergleichlich tragischere Brandkatastrophe in Kemerowo waren Vorfälle mit Ansage. Sie sind beide gleichen Ursprungs. Der russische Staat, in seiner, um mit Maxim Trudoljubow zu sprechen, »gewöhnlichen« Ausprägung, hat weder die Mittel, noch ist er »stark« genug, um das Dasein der Bürger zu schützen. Die Infrastruktur verfällt immer weiter. Er lebt von der Substanz. Den »anderen« Staat aber, der der öffentlichen Sicht und den gesetzli-

chen Regeln weitgehend entzogen ist, geht die unmittelbare Daseinsvorsorge nichts an. Er beschäftigt sich mit ihr nur im und als Ausnahmezustand.

Beides zeigte sich deutlich an den staatlichen Reaktionen auf Wolokolamsk und Kemerowo. Die Probleme mit der Müllkippe in Wolokolamsk sind lange bekannt und seit mehr als einem Jahr protestieren Anwohner dagegen. Bereits Anfang 2017 gab es Klagen und auch kleinere Demonstrationen wegen scharfer Gerüche. Am 3. März 2018 gingen dann mehr als 5.000 Menschen auf die Straße. Für eine 24.000-Einwohner-Stadt eine enorme Zahl, besonders im eher demonstrationsabholden Russland. Erst als jetzt eine große Zahl von Kindern direkt betroffen war, konnten es die Behörden sich nicht mehr leisten, den Protest zu ignorieren. Der Gouverneur des Moskauer Gebiets, des Umlands der Hauptstadt, kam in die Stadt und wurde mit Schneebällen beworfen. Sofort schritt die Polizei ein. Selbstverständlich auf Seiten des Gouverneurs. Es gab Festnahmen und einige der Protestierenden wurden mit bis zu 15 Tagen Administrativarrest belegt. Aber nun regte sich auch in der Nähe anderer Müllkippen im Moskauer Umland, das am Abfall der 15-Millionen-Stadt erstickt, Protest. An zwei anderen Orten versuchten Anwohner, durch Blockaden das Abladen von neuem Müll zu verhindern. Der Gerechtigkeit halber muss angemerkt werden, dass die Verwaltung des Moskauer Umlands schon länger im Streit mit der Moskauer Stadtverwaltung steht, die mehr und neue Müllkippen außerhalb der Stadt fordert. Die Gründe dafür liegen wohl ebenso in unterschiedlichen Geschäftsinteressen wie auch in den voraussehbaren Protesten, mit denen sich die Umlandsverwaltung dann konfrontiert sähe, wenn sie noch mehr Müll aus Moskau aufnähme.

In Wolokolamsk und dem übrigen Moskauer Umland geht es bisher »nur« um die Gesundheit der Menschen, nicht unmittelbar um Leben und Tod. Die Empörung über die Gleichgültigkeit der staatlicherseits Verantwortlichen mag sich auch deshalb noch in kontrollierbaren Grenzen halten. Zumal die Erwartungen der Bevölkerung an *ihren*, den »gewöhnlichen« Staat ohnehin nicht besonders hoch sind. Die Menschen wissen, dass sie von ihm betrogen und missachtet werden. Wo immer möglich, versucht man sich deshalb vom Staat und seinen Institutionen fern zu halten. Im grundsätzlichen und unmittelbaren Leid der Katastrophe von Kemerowo ist das nicht mehr möglich.

Das musste selbst Präsident Putin spüren. Das Feuer brach in Kemerowo an einem Sonntag um 16 Uhr Moskauer Zeit aus. Schnell kamen über die sozialen Netzwerke im Internet immer mehr und immer schrecklichere Nachrichten und, womöglich noch wichtiger, Bilder. Die großen staatlichen und vom Staat kontrol-

lierten Fernsehkanäle ignorierten hingegen den Brand zunächst und spulten das ganz normale Sonntagabendprogramm aus politischen Wochenrückblicken und Unterhaltungsshows ab. Putin schwieg. Sein Sprecher wiegelte ab. Doch angesichts von so vielen Toten und vor allem von so vielen toten Kindern ließ sich das nicht lange durchhalten. Schon am nächsten, am Montagabend flog Putin nach Kemerowo.

Auch der dortige Gouverneur Aman Tulejew hatte sich bis dahin nicht öffentlich blicken lassen. Zwar schickte er seinen Stellvertreter Sergej Ziwiljew zu den Tausenden aufgebrachten Demonstranten auf dem zentralen Platz der Stadt, aber Ziwiljew fiel wenig mehr ein, als die wütenden und verzweifelten Menschen zu beschimpfen. Sie sollten aufhören, mit der Katastrophe »für sich selbst Reklame machen«. Im Internet ging ein Shitstorm auf Ziwiljew nieder, als ihn einer der Demonstranten mit der Information beschämte, er habe bei dem Brand Frau, Schwester und drei Kinder verloren. Seither ist dieser Igor Wostrikow der Star des Protests und der Forderungen nach völliger Aufklärung und Bestrafung der Verantwortlichen. Ziwiljew (oder seine Vorgesetzten) erkannte offenbar den Fehler. Jedenfalls bat er an einem der nächsten Tage die wütenden Demonstranten auf den Knien um Verzeihung.

Doch weiter oben wird die Frage, wer hier die Betroffenen, wer die Opfer sind und wer die Verantwortung trägt, möglicherweise anders gesehen als auf dem Platz bei den Angehörigen der Brandopfer und den Protestierenden. Gouverneur Aman Tulejew jedenfalls entschuldigte sich nicht bei ihnen, sondern bei Präsident Putin, dass er den Brand nicht habe verhindern können. Die Bilder dieser unterwürfigen Szene verbreiteten sich erneut in großer Zahl im Internet.

Auch Putin wollte die Menschen nicht allzu nahe an sich heranlassen, jedenfalls nicht in zu großer Zahl. Für seinen Besuch einer von Trauernden eingerichteten Gedenkstätte vor dem Einkaufszentrum wurde der Platz von der Polizei geräumt. Fotos und Fernsehbilder zeigen Putin einsam auf dem leeren Gelände. Lediglich im Hintergrund sind einige Polizisten und Absperrungen zu sehen. Nur im Krankenhaus sprach er mit einigen Verletzten und traf später auch einige Angehörige. So berichten jedenfalls die Fernsehsender. Ton zu den Bildern gab es keinen. Putin-Sprecher Dmitrij Peskow erklärte den leeren Platz und den fehlenden Ton später damit, Putin habe keine leeren Versprechen machen wollen. Wahrscheinlicher ist aber, dass im Kreml gefürchtet wurde, der ansonsten sakrosankte Präsident hätte von empörten Menschen ausgebuht oder, gar nicht auszu-denken, vielleicht gar mit so etwas wie Tomaten oder Eiern beworfen werden können. Außerdem sahen die Bilder aus dem Krankenhaus seltsam steril aus. In den

sozialen Netzwerken wurde sofort gemutmaßt, dass es sich nicht um Verletzte und Angehörige gehandelt habe, sondern um Komparsen aus Putins Umgebung. Dieser Vorwurf ist so weit hergeholt nicht. Es gibt Beispiele für Ähnliches in der Vergangenheit.

Über all diese Ereignisse geriet die Diskussion darüber, was zu der Katastrophe geführt haben könnte und wer dafür verantwortlich zu machen sei, ein wenig in den Hintergrund. Allerdings herrscht auch so Einigkeit über die grundlegenden Ursachen: Schuld war die überall im Lande herrschende Mischung aus Korruption, Verantwortungslosigkeit und, hier bekommt das Wort einen ganz konkreten Sinn, katastrophaler Sicherheitskultur. Der oberste Katastrophenschützer des Landes, Wladimir Putschkow, schob Putin gegenüber alles auf eine seit 2016 verhängte Kontrollpause zum Schutz der Geschäftsleute vor korrupten Beamten. Die aber, von Putin persönlich verfügt, hat den durchaus plausiblen Grund, dass die vielen Kontrollen zuvor kaum zu mehr Sicherheit oder Qualität geführt haben, sondern vor allem zu volleren Taschen der Kontrolleure.

Fast jeder im Land, zumindest aber jeder, der irgendwas unternimmt, hat bereits die Erfahrung gemacht, dass es den Kontrollbehörden – von der Brandschutzinspektion über die Gesundheitsämter bis zur Verkehrspolizei – fast nie um Regeln und Sicherheit geht, sondern in erster Linie darum, wie am besten abkassiert werden kann. Wer zahlt, wird in Ruhe gelassen, egal wie der Brandschutz/die Hygiene/die Verkehrssicherheit des Autos nun tatsächlich aussieht. Wer nicht zahlt wird schikaniert, oft mit unerfüllbaren Forderungen – bis er zahlt. Saubere Beamte, die es selbstverständlich auch gibt, werden von diesem System ausgespuckt. Sie können kein Geld nach oben abgeben und werden aus den Behörden gedrängt. Oder sie werden erst gar nicht hinein gelassen, weil für besonders lukrative Posten eine Art Abstand gezahlt werden muss, der dann wieder zurückverdient wird.

Eine kleine Episode aus Kemerowo soll illustrieren zu welchen Ergebnissen das führen kann (und irgendwann irgendwo auch wieder führen wird). Kinobesitzer werden von der Steuerbehörde, wahrscheinlich mitunter nicht zu Unrecht, beschuldigt, mehr Eintrittskarten zu verkaufen als bei der Steuer anzugeben. Daher gibt es unangekündigte Kontrollen in den Kinosälen. Die Zuschauer werden gezählt und mit der Zahl der verkauften Karten verglichen. Es drohen hohe Strafen. Weil Personal teuer und unzuverlässig ist, sind viele Kinos dazu übergegangen, die Säle während der Vorstellung von außen zu verschließen, damit niemand zusätzliches hineingelangen kann. Die meisten Kinos in Russland liegen inzwischen in Einkaufszentren wie jenem in

Kemerowo und ihre Foyers sind oft nicht vom übrigen Teil der Zentren getrennt. Wie es aussieht, ist so eine verschlossene Tür vielen Kindern und einigen Erwachsenen in Kemerowo zum Verhängnis geworden.

Diese allgegenwärtige Kontrolle, die aber keine Kontrolle ist, gebiert einen Teufelskreis, dessen herausragende Eigenschaft nicht ist, dass es keinen Ausweg gibt, sondern dass kaum jemand aus ihm mehr einen Ausweg sucht. Der korrupte Staatsapparat reproduziert sich selbst, indem von ganz unten bis ganz nach oben Einnahmen generiert werden müssen. Wer sich weigert wird ausgeschieden. Die Bürger, egal ob nun als Geschäftsleute oder Privatpersonen, haben in vielen Situationen kaum eine Wahl. Oder zumindest nur die Wahl dazwischen, einen erheblichen Mehraufwand zu leisten, um zu bekommen, was sie brauchen (und was ihnen meistens vom Gesetz her zusteht), oder es gar nicht zu bekommen. Im funktionierenden korrupten Austausch als Ersatz der nicht funktionierenden gesetzlichen Regeln fällt so das Interesse von Staatsapparat und Bürgern (wenn auch zumindest bei Letzteren mitunter eher widerwillig) immer mehr zusammen.

Wie Maxim Trudoljubow geschildert hat, haben Putin die von ihm erzeugten quasifeudalistischen Verhältnisse und die Trennung des russischen Staates in einen »gewöhnlichem« und einen »außerordentlichen« am Anfang seiner Regentschaft geholfen, den Staat wieder funktionsfähig zu machen. Einer der führenden Ideologen dieses Systems, der frühere stellvertretende Leiter der Präsidentenadministration Wladislaw Surkow, nannte das einmal »Handsteuerung«. Mit der Zeit hat sich diese oben in der Staatshierarchie womöglich bequeme und, wie sich zeigt, auch über längere Zeiträume durchaus kontrollierbare Methode, bis ganz nach unten durchgefressen. Je weit man aber nach unten kommt, umso anarchischer wird es, da es letztlich nur eine Kontrollinstanz gibt: den Präsidenten selbst.

Diese Anarchie hat vor allem etwas damit zu tun, dass sich Putin in den vergangenen sechs Jahren weitgehend aus dem »gewöhnlichen« Staat zurückgezogen hat. Er hat durch den »außerordentlichen« Staat regiert. Schon die ersten zwei Wochen der nächsten sechs Jahre haben gezeigt, dass er sich das möglicherweise nicht mehr lange wird leisten können. Die möglichen negativen Folgen der Katastrophe von Kemerowo für seine Herrschaft scheint er durch seinen direkten Einsatz vor Ort eingeschränkt zu haben. Das weit harmlosere Wologolamsk stinkt noch. Doch um die tickende Zeitbombe zu entschärfen muss mehr geschehen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Wie russische Staatsdiener die »Post-Leugnung« erfanden

Kirill Martynow (Nowaja Gaseta)

Der folgende Beitrag des russischen Journalisten Kirill Martynow erschien ursprünglich am 27.02.2018 in der Zeitung Nowaja Gaseta und wurde von dekodeur ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.

Einleitung von dekodeur

Im Dezember 2016 wandte sich der russische Botschafter in Argentinien an die Polizei: Er hatte in einem Regal in der Botschaftsschule zwölf verdächtige Koffer gefunden. In diesen befanden sich 389 Kilogramm Kokain. Russische und argentinische Behörden hätten gemeinsam an dem Fall gearbeitet, berichtet das Außenministerium, die Droge gegen Mehl ausgetauscht und die Koffer mit GPS-Sendern versehen.

Anfang März kamen diese in Russland an, mitgefliegen in einer Regierungsmaschine – was russische Behörden zunächst bestritten, argentinische Stellen jedoch eindeutig identifizierten. Es gab mehrere Festnahmen, in Berlin wurde der vermeintliche Drahtzieher des Schmuggels festgenommen. Diplomaten seien nicht involviert, versichert die Sprecherin des Außenministeriums.

Allerdings zweifeln viele diese offizielle Version an, Medien-Recherchen deuten zumindest Schwachstellen in der offiziellen Version an.

Kirill Martynow beleuchtet in der Nowaja Gaseta eine Reihe weiterer Dementi und sieht darin System.

Kokain in der Botschaft

Der Kokain-Skandal zieht immer weitere Kreise. Die argentinische Strafverfolgungsbehörde untersucht den Fall der Drogenlieferung über die russische Botschaft und hat nun Teile des Aktenmaterials veröffentlicht.

Auf den Fotos ist unter anderem das Kennzeichen jenes Flugzeugs erkennbar, das fast 400 Kilogramm Kokain in 12 Koffern nach Moskau befördern sollte. Laut Angaben des Nachrichtenportals RBC gehört das Kennzeichen (96023) zu einer Iljuschin-96-Maschine der Sonderflugeinheit Rossija, die für den Transport von Regierungsbeamten zuständig ist. Nach Veröffentlichung dieser Meldung wurde die Webseite russianplanes.net gesperrt, ein non-profit Projekt, das Informationen über russische Luftfahrzeuge auf Grundlage öffentlicher Quellen publiziert.

Am 20. Dezember 2016 starb der Leiter der Lateinamerika-Abteilung des russischen Außenministeriums Pjotr Polschikow unter ungeklärten Umständen. Insgesamt starben in den letzten anderthalb Jahren neun hochrangige Beamte des Außenministeriums. Es ist bekannt, dass der Sekretär des Sicherheitsrates Nikolaj Patruschew im Dezember 2017, als sich der zweite Teil der Kokain-Affäre ereignete, auf Staatsbesuch in Argentinien war. Die argentinische Presse versichert außerdem, Patruschew sei mit derselben Maschine geflogen wie die Koffer.

Die offizielle russische Position ist: alles dementieren

Die offizielle russische Position ist: alles dementieren. Erst gab Maria Sacharowa die Stellungnahme ab, dass nur die rechtzeitige Einmischung russischer Diplomaten

es ermöglicht habe, die Route des Drogenhandels aufzudecken, involviert in diesen sei aber nur »technisches Personal« der Botschaft. Später folgte ein Dementi der Präsidialverwaltung, der die Sonderflugeinheit Rossija unterstellt ist. Die Sprecherin der Behörde Jelena Krylowa sagte, dass die Iljuschin-96 mit der Kennnummer 96023 am Kokaintransport beteiligt gewesen sei, entspräche nicht der Wahrheit. Die Nummer sei nämlich »mithilfe moderner technischer Verfahren« manipuliert worden. Es ist also nicht klar, wer das Kokain transportiert hat – aber wir sicher nicht.

Bemerkenswert ist, dass unsere offiziellen Vertreter zunächst immer fragen: Was habt ihr für Beweise? Und nachdem ihnen die Fakten geliefert wurden, schalten sie einen Gang rauf: Das beweist noch nichts.

Irgendwo im Hintergrund befragt derweil das Ermittlungskomitee einen »ukrainischen Augenzeugen« über den Absturz der malaysischen Boeing, Ergebnis: Alles nicht so eindeutig.

Post truth: russischer Sonderweg

Während die ganze Welt noch über post truth diskutiert und die Schwierigkeit, in Zeiten moderner Medientechnologien die Wahrheit von Lügen zu unterscheiden, hat Russland offensichtlich auch hier einen Sonderweg eingeschlagen:

Wir haben die post untruth erfunden, auch bekannt als »ewige Leugnerie«. Da lässt sich jedes Ereignis ganz klar als erfunden bezeichnen, wenn man das unbedingt will und wenn die Obrigkeit nachdrücklich darum bittet.

Rationale Argumente und offensichtliche Fakten sind gegen die russische post untruth machtlos. Darauf

basiert offenbar auch unsere ganze geopolitische Größe. Der Westen hinkt da klar hinterher: Dort glaubt man immer noch, man müsse offizielle Ermittlungen einleiten, wenn ein Beamter auf frischer Tat ertappt wird.

Sehen wir uns nur mal die neuesten Beispiele an: Vizepremier Rogosin brüstet sich im Netz zunächst mit seinem »Neffen Roman«, anschließend löscht er seine Tweets und verkündet, es habe nie einen Neffen gegeben, die Journalisten hätten alles erfunden.

Das klassische »Wir waren's nicht«

Dem »liberal-demokratischen« Duma-Abgeordneten Leonid Sluzki wird öffentlich sexuelle Belästigung von Journalistinnen vorgeworfen, Sluzki erwidert: »Niemals. Nicht in dieser Angelegenheit.« Und damit ist die Sache erledigt – wir sind hier nicht in Amerika. Unsere Sportler hätten nie gedopt, erklärt man uns, und wenn, dann nur aus Versehen, ohne irgendein zielgerichtetes Zutun russischer Beamter. Und was besonders unheimlich und tragisch ist: Es heißt, wir seien schon zweimal aus Syrien abgezogen, und plötzlich stirbt in diesem Februar dort eine unbekannte Zahl russischer Staatsbürger. Was sagen die Beamten? Das klassische »Die sind da nicht gewesen«, spricht: »Wir waren's nicht«. Vor diesem Hintergrund wirkt Deripaska geradezu europäisch, wenn er, statt alles komplett abzustreiten gegen die Verletzung seiner Privatsphäre klagt.

Die Blütezeit der russischen Kultur der post untruth begann 2014, als unsere Soldaten zunächst nicht auf der Krim gewesen sein sollen, und dann genau dafür mit Medaillen ausgezeichnet wurden.

Über den Autor

Kirill Martynow ist Journalist, Übersetzer und Dozent an der Higher School of Economics in Moskau. Er arbeitet unter anderem für die russische Zeitung Nowaja Gaseta, die bekannt ist für investigativen Journalismus.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <<https://www.nowyagazeta.ru/articles/2018/02/27/75638-dognat-i-perevrat>>, die Übersetzung ins Deutsche durch dekode unter <<https://www.dekode.org/de/article/kokain-botschaft-argentinien-patruschew>>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekode.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekode, Nowaja Gaseta und Kirill Martynow für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Seitdem ist unsere Fähigkeit zu lügen sogar etwas, worauf man stolz sein kann. Nach dem Motto: Wenn deren Spione auch lügen, kann es unseren Agenten doch keiner verbieten. Die im vergangenen Jahr von der russischen Gesellschaft tief verinnerlichte Wahrheit lautet: »Im Westen lügen sie auch, und deren Medien sind voller Propaganda«, machen wir also einen Wettstreit draus. Schaut nur, wie gewieft wir sind: Wir lügen sogar besser als die Amerikaner.

Zu einem Konflikt kommt es dann, wenn die bekannten Vorurteile, denen die westliche Zivilgesellschaft anhängt, und unser russisches »ewiges Leugnen« sich widersprechen. Bezeichnend ist die Untersuchung des ehemaligen FBI-Chefs und Sonderermittlers Robert Mueller über die mutmaßliche US-Wahleinmischung russischer Staatsbürger. Im Westen funktionieren die Institutionen wie ein Immunsystem: Wenn etwas vorgefallen ist, dann ist etwas vorgefallen, also müssen alle Umstände aufgeklärt werden, unabhängig davon, welche ehrenwerte Herrschaften da Widerstand leisten. Bei uns dagegen kann man die Krankheit an sich leugnen.

Kurzum: Es ist sehr schwer für zwei derart unterschiedliche Wertesysteme – das heimische und das importierte – auf einem Planeten zu koexistieren. Auf lange Sicht wird sich wohl eins von ihnen durchsetzen. Aber welches?

*Übersetzung aus dem Russischen (gekürzt) von
Maria Rajer*

CHRONIK

19. – 31. März 2018

19.03.2018	Der Zeichner Jegor Shgun veröffentlicht auf »YouTube« einen Zeichentrickfilm, in dem er eine Bilanz der vergangenen sechs Jahre der Regierung Putins zieht. Der zwei Minuten lange Clip wird innerhalb kurzer Zeit ein viraler Erfolg im Netz. Im Stil der US-amerikanischen Comicserie »Die Simpsons« sitzt Putin an seinem Schreibtisch, während Ereignisse der vergangenen Jahre an ihm vorbeiziehen. Dabei verwandelt der Präsident sich zunehmend in eine Figur, die an »Gollum« aus dem Film »Der Herr der Ringe« erinnert.
20.03.2018	Der Oberste Gerichtshof der Russischen Föderation verurteilt den Kurznachrichtendienst »Telegram« dazu, den Schlüssel zum Dechiffrieren der Nachrichten von »Telegram«-Nutzern an den FSB zu übergeben. Das Gericht setzt eine Frist von 15 Tagen, andernfalls drohe eine Sperrung des Dienstes durch die Medienaufsichtsbehörde »Roskomnadsor«. Dem Streit vorausgegangen war die Aufnahme »Telegrams« in ein Register, in dem Internetportale mit täglichen Besucherzahlen von mehr als 3.000 Besuchern registriert werden. Die dort eingetragenen Firmen sind gesetzlich verpflichtet, die Daten ihrer Nutzer ein halbes Jahr lang auf russischen Servern zu speichern. Im Oktober 2017 war »Telegram« vom Meschtschanskij-Bezirksgericht in Moskau bereits zu einer Strafzahlung von 800.000 Rubel verurteilt worden. »Telegram« kündigt an, Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einreichen zu wollen und begründet dies mit dem Recht auf ein faires Gerichtsverfahren.
20.03.2018	Vor dem städtischen Gericht von Petrosawodsk fordert die Staatsanwaltschaft neun Jahre Lagerhaft für Jurij Dimitrijew. Dimitrijew, Leiter der Menschenrechtsorganisation »Memorial« in Karelrien, wird Kinderpornographie vorgeworfen. Im Januar war er nach mehr als einem Jahr aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Dimitrijew forscht seit Jahren zu Opfern des »Großen Terrors« in Karelrien.
21.03.2018	Im russischen Außenministerium findet ein Treffen aller akkreditierten ausländischen Botschafter statt. Die russische Regierung hatte zu diesem Treffen geladen, um zum Fall Skripal Stellung zu nehmen. Der britische Botschafter nimmt nicht teil.
21.03.2018	In der nahe Moskau gelegenen Kleinstadt Wolokolamsk werden mehr als 50 Kinder mit Übelkeit und Schwindel ins Krankenhaus eingeliefert. Die Kleinstadt liegt nahe der Mülldeponie »Jadrowo«, auf der in jüngerer Vergangenheit erhöhte Schwefel- und Chlorkonzentrationen gemessen wurden. Vor dem Krankenhaus versammeln sich mehrere hundert Menschen zu Protesten.
22.03.2018	Die EU zieht als Reaktion auf den Giftgasanschlag auf Sergej Skripal und seine Tochter Julija am 4. März ihren Botschafter aus Moskau ab. EU-Ratspräsident Donald Tusk begründete diesen Schritt damit, dass sehr wahrscheinlich Russland für den Anschlag auf den Ex-Doppelagenten verantwortlich sei. Russland bestreitet unterdessen weiter eine Verwicklung in den Fall und beklagt die fehlende Zusammenarbeit Großbritanniens zur Aufklärung des Anschlags.
22.03.2018	Mehr als 20 russische Medien verkünden ihren Boykott der russischen Staatsduma. Nach einer Sitzung des »Ethikrates der Staatsduma« zum Fall Leonid Sluzkij am 21.3.2018, als dessen Ergebnis der Rat mitteilte, er könne »keine Verletzungen von Verhaltensnormen« feststellen, teilten mehr als 20 russische Medien mit, ihre Zusammenarbeit mit der Staatsduma einschränken oder boykottieren zu wollen. Sluzkij wird sexueller Missbrauch in mehreren Fällen vorgeworfen.
22.03.2018	Die Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation teilt mit, dass während der Präsidentschaftswahl vom 18.3.2018 keine Verstöße festgestellt wurden, die zu Zweifeln am Wahlergebnis berechtigten. In insgesamt 14 Stimmbezirken in neun Regionen des Landes seien die Abstimmungsergebnisse aufgrund von Verstößen nicht berücksichtigt worden.
23.03.2018	Die Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation gibt das amtliche Endergebnis der Präsidentschaftswahl vom 18.3. bekannt. Demnach wurde der bisherige Präsident, Wladimir Putin, mit 76,69 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Die Wahlbeteiligung lag bei 67,54 Prozent.

23.03.2018	Laut Umfrageergebnissen des staatlichen Meinungsforschungsinstituts WZIAM sind 87 Prozent der Russen mit dem Ausgang der Präsidentschaftswahl zufrieden. 60 Prozent glauben zudem, dass die Wahlergebnisse den Willen des Volkes widerspiegeln. Nur 7 Prozent misstrauen den offiziellen Wahlergebnissen.
25.03.2018	In Kemerowo bricht in einem Einkaufszentrum ein Feuer aus. Offiziellen Angaben zufolge sterben 64 Menschen, darunter 41 Kinder. Das Feuer war am Nachmittag im vierten Stock des Zentrums ausgebrochen und hatte sich schnell auf eine Fläche von etwa 1.200 Quadratmetern ausgebreitet. Bis zum Abend stürzten etwa 600 Quadratmeter des Daches ein. Ersten Angaben zufolge hatte der Feueralarm im Gebäude nicht funktioniert.
26.03.2018	Der deutsche Außenminister Heiko Maas gibt bekannt, als Reaktion auf die Vergiftung des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter Julija in Großbritannien vier russische Diplomaten ausweisen zu wollen. Auch Frankreich und Kanada werden vier russische Diplomaten ausweisen. EU-Ratspräsident Donald Tusk gibt zudem bekannt, dass aus zwölf weiteren EU-Mitgliedsstaaten russische Diplomaten ausgewiesen werden. Auch die US-Regierung hat sich für die Ausweisung von 60 russischen Diplomaten und die Schließung des russischen Generalkonsulats in Seattle entschieden. Insgesamt kündigten 22 Länder eine Ausweisung russischer Diplomaten an.
26.03.2018	In Kemerowo wird ein Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes, der den Feueralarm im Gebäude deaktiviert haben soll, festgenommen. Vier weitere Personen wurden bereits am Vortag festgenommen, darunter der technische Direktor des Unternehmens, der Eigentümer des Gebäudes ist.
27.03.2018	Der russische Präsident Wladimir Putin besucht Kemerowo, den Ort, an dem sich am 25. März eine Brandkatastrophe in einem Einkaufszentrum ereignet hatte. Er nennt die Katastrophe eine Folge von Fahrlässigkeit und Schlamperei. Der Leiter des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation, Alexandr Bastrykin, gab unterdessen bekannt, dass der Feueralarm im Gebäude seit dem 19. März außer Betrieb gewesen sei. Angehörige von Opfern der Katastrophe melden, dass es 85 vermisste Personen gebe. Offiziellen Angaben zufolge werden nur 67 Menschen vermisst.
27.03.2018	Mehr als 12.000 Menschen nehmen in Moskau an einer Gedenkveranstaltung für die Opfer der Brandkatastrophe in einem Einkaufszentrum in Kemerowo teil. In insgesamt 20 russischen Städten, darunter St. Petersburg und Wladiwostok, finden Gedenkveranstaltungen statt.
28.03.2018	Swetlana Petrenko, Sprecherin des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation, gibt bekannt, dass drei nach der Brandkatastrophe in Kemerowo vermisste Personen lebend aufgefunden worden seien. Damit seien zurzeit noch 64 Personen offiziell vermisst.
29.03.2018	Das unabhängige Umfrageinstitut »Lewada-Zentrum« gibt bekannt, dass 81 Prozent der Russen mit der Arbeit des amtierenden Präsidenten Wladimir Putin zufrieden sind. 50 Prozent der Befragten gaben außerdem an, mit der Arbeit der Regierung einverstanden zu sein.
29.03.2018	Als Antwort auf die Ausweisung von 60 russischen Diplomaten aus den USA gibt das russische Außenministerium bekannt, 60 US-amerikanische Diplomaten auszuweisen und das Generalkonsulat in St. Petersburg schließen zu wollen. Außerdem kündigt Außenminister Sergej Lawrow an, auf die Ausweisungen russischer Diplomaten aus allen anderen Ländern mit einer spiegelbildlichen Antwort zu reagieren und ebenso viele Diplomaten aus Russland auszuweisen.
29.03.2018	Die Tochter des am 5. März in der britischen Stadt Salisbury vergifteten Ex-Doppelagenten Sergej Skripal ist nach Aussage der Ärzte auf dem Weg der Besserung und wieder bei Bewusstsein.

30.03.2018	Das russische Verbraucherschutzministerium gibt auf Anfrage des Menschenrechtsrates der Russischen Föderation bekannt, dass die zulässigen Grenzwerte für den Gehalt an Schwefelwasserstoff in der Luft in der Nähe der Deponie »Jadrowo« in Wolokolamsk im Februar und März um das 1,5 bis 2,5-fache überschritten wurden. Am 21. März waren 76 Kinder aus nahegelegenen Schulen mit Schwindel und Übelkeit in Krankenhäuser eingeliefert worden. Seit dem 26. März nahmen mehr als 300 Menschen mit ähnlichen Symptomen ärztliche Behandlung in Anspruch. Die Verwaltung des Rayons versetzte die Behörden in erhöhte Einsatzbereitschaft, eine Vorstufe des Notstands.
30.03.2018	Die britische Zollbehörde durchsucht am Londoner Flughafen »Heathrow« ein aus Moskau gelandetes Passagierflugzeug der Fluglinie »Aeroflot«. Nach Angaben der britischen Behörden steht diese Durchsuchung nicht im Zusammenhang mit dem Giftgasanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal, sondern sei normales Vorgehen im Umgang mit sogenannten »Risikoländern« wie Russland. Russland bezeichnete die Durchsuchung als »Provokation.«
31.03.2018	Die Leiterin der staatlichen Bauaufsicht des Gebietes Kemerowo Tansilja Komkowa wird in Untersuchungshaft genommen. Ihr wird vorgeworfen, von den Mängeln der Brandschutzanlage im Einkaufszentrum in Kemerowo gewusst, jedoch nichts dagegen unternommen zu haben.
31.03.2018	Als Antwort auf die Ausweisung von russischen Diplomaten aus Großbritannien, müssen 50 britische Diplomaten und Angehörige des technischen Personals Russland verlassen. Dies kündigte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, an.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Göbel

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/russland/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Heiko Pleines (verantwortlich) und Anastasia Stoll
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Chronik: Alena Göbel
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

